

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Drosselkloster Leipzig 28614

Bestellungspreis monatlich 4 Mk., durch unsere Makler...
Anzeigenpreis 20 Pfg. für die 8-spaltige Zeile...
Zwei Anzeigen und Fortsetzung...
Zur die Abzahlung...
Anspruch...
wenn der Betrag...
auf Rechnung...
in Rechnung gestellt.



Ersteilt seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 278.

Mittwoch den 1. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Reisebrotmarken.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 2. Juni 1920 wird bekanntgegeben, daß die Reisebrotmarken alten Musters (großes Format) mit Ablauf des 31. Dezembers 1920 ihre Gültigkeit verlieren. Vom 1. Januar 1921 ab sind nur noch die neuen Marken (kleines Format) ausschließlich gültig. Ein Austausch der alten Marken in neue kann nicht erfolgen.

Meißen, am 26. November 1920.

Nr. 452 a II E.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.

Seute Mittwoch den 1. Dezember Ausgabe von Heferskoden für Minderbemittelte unter Vorzeigung der ausgegebenen Bons. Preis das Pfund 1,10 Mk.
Wilsdruff, am 30. November 1920. Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Frankreich verfügt jetzt über solche Kohlenmengen, daß es auf die ihm zuteilende englische Kohle verzichtet hat.
* Aus Grund vorläufigen sind um das Regierungsviertel in London militärisch besetzte Vorstädte errichtet worden.
* Der Internationale Gewerkschaftskongress protestiert in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen jede Verletzung des Streikrechts durch die Entente.

Abstimmungserfolg?

Die Polen sind es gewohnt, viel zu fordern, sogar recht viel in der Zuversicht, daß ihnen dann wenigstens etwas bewilligt werden muß, das sie als unentbehrlich und unvorzweifelbar anerkennen können. So sind sie auch in dem Augenblick, als die Frage des Abstimmungstermins für Oberschlesien brennend zu werden begann, sofort mit der Forderung hervorgetreten, daß die über das Reich verteilten Oberbefehle von der Abstimmung ausgeschlossen werden müßten. Sie wären landfremd geworden und hätten infolgedessen bei der letzten Entscheidung über das Schicksal von Oberschlesien nichts zu suchen. In der lieblichen Sprache, die Koriaty sich für seinen Umgang mit Deutschen zurechtgestimmert hat, ließ es, man wolle mit „Verrätern“, mit „Puppen“ und „Letteln“ nichts zu tun haben und werde sie, falls sie es wagen sollten, „das polnische Land“ zu betreten, wie Hunde davonjagen. Daß ihr Einfluß den Bestimmungen des Friedensvertrages direkt ins Gesicht schlägt, genierte die Polen natürlich nicht im geringsten. Nach ihrer Meinung besteht ja der ganze Inhalt dieses Vertrages lediglich darin, die Deutschen rechtlos zu machen — und darin kann man ihnen im Grunde eigentlich kaum widersprechen. Wenn also dennoch in diesem oder jenem Winkel des Vertrages einige Vorbehalte zugunsten der Deutschen verborgen sind, so braucht man ihnen nicht viel Federlesens gemacht zu werden. Ein Wort des Obersten Rates, und die Sache ist erledigt.

In Paris markierte man diesmal einige Verlegenheit. Ohne weiteres der polnischen Forderung nachzugeben, schien den Herren über Tod und Leben Europas doch nicht annehmlich; vielleicht hat auch der größte Weltblick der britischen Regierung die offene Brutalisierung der abstimmungsberechtigten Oberbefehle außerhalb des streitigen Gebietes zunächst verhindert. Also nimmt man seine Zuflucht zu der Sorte von Winkelzügen, mit denen der Oberste Rat die Welt um schon des öfteren herum hat. Es wird vorgeschlagen, die über Deutschland vertriehen, nach dem Versailler Vertrage zur Abstimmung berechtigten Oberbefehle entweder zu einem späteren Zeitpunkt als die Oberbefehle selbst zur Wahlurne zu berufen oder sie statt in ihrer Heimat in das besetzte Gebiet, etwa nach Köln, zu bringen, um sie dort ihr Wahlrecht ausüben zu lassen. Als Vorwand für diese verwickelte Verwicklung dient die von den Polen künstlich großgemachte Besorgnis, die Durchführung so großer Wählermassen aus dem Reich könnte in Oberschlesien zu Unruheföhrungen führen. Auf diesen laienhaftigen Vorwand hin soll jetzt in Paris und in London allen Ernstes darüber Bescheid geföhrt werden, ob den abstimmungsberechtigten Oberbefehlen ihr Vertragsrecht gewöhrt oder ob ihnen statt dessen ein kümmerliches Ersatzrecht verliehen werden soll. Es ist davon die Rede, daß einer dieser beiden Vorschläge der deutschen Regierung vorgelegt, und daß im Falle seiner Ablehnung dann der andere von der Entente zum Beschluß erhoben werden soll. In Berlin wird man aber, dessen sind wir gewiß, von vornherein gar keine Zweifel darüber lassen, daß für uns beide Vorschläge durchaus unannehmbar sind. Denn der eine wie der andere widersprechen schmerzhaft dem Versailler Vertrage. Beide schaffen zwei Gruppen von Abstimmungsberechtigten, deren Scheidung das innerliche Wesen der Abstimmung illusorisch macht, wie der ganze Gedanke, als er von den Polen schon für die Abstimmung in Ost- und Westpreußen aufgeworfen war, von den ausländischen Entente-Kommissionen als vertragswidrig zurückgewiesen wurde. Wird vom Obersten Rat an der Tatsache nicht gerüttelt, daß auch die geborenen, aber nicht mehr im Lande wohnenden Oberbefehle an der Abstimmung teilnehmen dürfen, dann darf kein willkürlicher Trennungsschnitt zwischen ihnen und ihren übrigen Landesleuten gezogen, dann darf auch denselben Organisationen, die für die geordnete Ein- und Ausreise dieser Wählermassen sorgen wollen, nicht die Möglichkeit dazu durch willkürliche

Anföhrung aller bisher getroffenen Distinktionen genommen werden. Die Sorge der Polen aber für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande läßt sich außerordentlich leicht beheben: Koriaty oder wer sonst an seiner Stelle die Polen in Oberschlesien zu kommandieren hat, braucht nur den Befehl auszugeben, daß seine Landesleute sich während der Wahlzeit jeglicher Ausschreitungen zu enthalten haben, und wozu sind überzeugt, daß der Wahlhalt in Oberschlesien sich ebenso ungestört vollziehen wird, wie es in Masurien und im Grenzland der Fall war. Auch die Entente kann ihrerseits dazu beitragen, sie ist ja durch den Friedensvertrag verpflichtet, für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen und muß ihre Anstrengungen in der Wahlzeit verdoppeln, auch sie braucht nur an ihre Befehlshaber die erforderlichen Weisungen ergehen zu lassen, um die von den Polen gehedelte Furcht vor Unruheföhrungen völlig gegenstandslos zu machen. Wenn sie statt dessen den Friedensvertrag beugt oder bröht, so wird kein Deutscher die Rechtmäßigkeit der „Volksabstimmung“ in Oberschlesien jemals anerkennen.

Noch besteht die Hoffnung, daß England es nicht zu dieser in Paris geplanten Entziehung von Hunderttausenden von Wählern kommen lassen wird, die deutsche Öffentlichkeit aber ist gewarnt, sie wird gut daran tun, ihren schärfsten Protest gegen den Abstimmungserfolg, den man uns bieten will, so laut wie nur irgend möglich in die Welt hinauszuschreien.

Die Bedrohung des Ruhrgebietes.

Protokoll der Internationalen Gewerkschaften.
Der Internationale Gewerkschaftskongress protestiert in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die angebrochte Verletzung des Streikrechts durch die Entente. Der Kongress stellt fest, daß eine derartige Maßnahme ein nicht zu rechtfertigendes Verstoß sein würde, eine Verletzung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Bodenschätze, ein Schlag des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkung. In der Abschwägung, daß die Verletzung des Ruhrgebietes verhängnisvolle Folgen haben und der Reaktion und dem Militarismus zugute kommen würde, daß sie den Gefahren, welche die Welt bedrohen, noch neue hinzusetzen und ein unübersteigbares Hindernis bilden würde für die Wiederherstellung der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Kongress, daß die organisierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Maßnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes einer willkürlichen Unterjochung unterworfen werden.

Aus dem Programm des Völkerbundes.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundes stehen folgende Beratungsgegenstände:
1. die ständige Kommission für die Mandate, 2. eine internationale Kommission für Bina, 3. Erneuerung eines neuen Oberkommissars für Danzig, 4. ein an die ständige Rüstungskommission zu sendendes Schreiben bezüglich der Rüstungen Österreichs, Bulgariens und Albaniens, 5. Eupen und Malmedy; Schreiben des deutschen Reichsmilitärinstituts des Kaisers, 6. allgemeiner Bericht über die Mandate, 7. Antrag Karnebeck-Holland über die Entsendung einer internationalen Kommission nach Bina, 8. Protokoll der internationalen Gewerkschaftsöderation gegen die Zuweisung des rechten Weichselufers an Polen, 9. Garantien für die Minderheiten durch den Völkerbund im Vertrage zwischen Estland und der Tschechoslowakei. Auf der Tagesordnung der Völkerversammlung vom Dienstag stehen: 1. Antrag Barnes über die jüngsten Konflikte zwischen Polen und Sowjetrußland, 2. Beschlußordnung der Völkerversammlung, darunter der Antrag auf Zulassung der spanischen Sprache, Bericht der ersten Kommission (Verfassungskommission), 3. Abänderung des Völkervertrages.

Barrikaden in London.

In Erwartung eines Sinnfeiner Angriffs.
In London herrscht die größte Nervosität angesichts eines umfangreichen Komplottes der linken Revolutionäre. Die Downingstreet (Straße, in dem das Londoner Wichtige Amt hat) ist von hohen Barrikaden umgeben,

da man einen irischen Angriff auf das Amtsgedäude Lloyd Georges befürchtet. Nach den angeblich vorgefundenen Komplottplänen sollte der Angriff am 29. November erfolgen. Die Sinnfeiner sollten in starken Trupps mit Automobilen nach der Downingstreet transportiert werden, wo Bomben geworfen werden sollten. Die englischen Behörden sollen genaue Einzelheiten über dieses Komplott unter Angabe bestimmter Namen empfangen haben. Die Sinnfeiner hoffen durch revolutionäre Elemente der Londoner Bevölkerung in ihrem Vorhaben unterstützt zu werden.

Die englische Regierung ist entschlossen, den bisherigen Verhaftungen von Sinnfeinerführern weitere folgen zu lassen. Es werden große Konzentrationslager angelegt, in welchen die Mitglieder der irischen republikanischen Armee interniert werden sollen. In den letzten Wochen wurden bereits einige tausend Iren im Lager von Dundrum Bay interniert.

Niesenbrandstiftungen der Iren.

Wie Reporter aus Liverpool meldet, wurden von den ausländischen Iren in Liverpool-Pool 18 Lagerhäuser, hauptsächlich für Baumwolle, in Brand gesteckt. Es wurden Petroleumlampen und mit Paraffin getränkte Baumwolle an der Brandstätte gefunden. Fünf Männer wurden verhaftet. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Sinnfeiner die Brandstifter sind. Zwei Baumwolllager in Liverpool sind vollständig niedergebrannt. In London war ein großangelegter Brandstiftungsversuch der Sinnfeiner vereitelt worden. Die Brandstifter trugen ebenfalls unter Zurücklassung von Petroleumlampen und paraffingetränkter Baumwolle.

Griechenlands Schicksalswende.

Die kommende Volksabstimmung.
Der jüngste Umsturz in Griechenland ist ein erster Schritt über Venizelos, daß auch ein wehrloses Volk einer mächtigen Gegenmacht gegenüber sich durch feste Haltung in Achtung zu sehen vermag. Die Allierten rechneten bald nach dem Sturz ihres Günstlings Venizelos damit, daß der König Konstantin über nach Athen zurückkehren werde. Ein Protest und die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, erklärten die Mächte der Entente, hätten keinen Zweck.

Ein sehr interessanter Bericht über die Stimmung in Athen findet sich in dem italienischen Blatt „Corriere della Sera“. Die Stadt ist besaggt, man hat den Eindruck, als werde ein Feuersturm geföhrt. Von den Venizelisten ist nichts mehr zu sehen oder zu merken. Ihre Zeitungen leisten sich manchmal noch das melancholische Vergnügen, mit Trauerred zu erscheinen, ergeben sich aber sonst in ihr Schicksal. Bei der Verdröbung des neuen Ministerpräsidenten Kallias ereignete sich ein Zwischenfall. Kallias lebte die Vereidigung durch den Metropolititen Metaxakis, eine Kreatur des geföhrtsten Diktators, ab, und da der alte Jeronimos, der frühere von Venizelos abgesetzte Metropolit, nicht zugegen war, legte er den Eid in die Hände eines gewöhnlichen Priesters ab, der von der Straße herbeigeholt wurde. Der Mann war gerade aus dem Gefängnis entlassen worden, in das ihn Venizelos gesteckt hatte. Die aus Kretern bestehende Leibgarde des Tyrannen, unter dem Kommando eines gewissen Gyparis, ist aufgelöst. Aus den Provinzen häufen sich die Nachrichten, daß man mit dem Umsturz völlig einverstanden ist. Der Kommandeur der griechischen Truppen in Kleinasien Jorbestis Militär und Atoll zum Gehorsam gegen die neue Regierung auf. Die von Venizelos eingesetzten Beamten sind geföhrt; es blieben nur die, die ein gutes Gewissen haben. Der heilige Synod hat die Namen der königlichen Familie wieder in das öffentliche Kirchengebet aufgenommen. Die politischen Gefangenen sind aus den Gefängnissen entlassen; die Verbrecher, die bei dieser Gelegenheit und in dem Wirrwarr ausgebrochen sind, werden allmählich wieder eingekerkert. Entlassene Offiziere melden sich wieder zur Armee. In Korin und anderwärts sind die Sozialbehörden, die der venizelistischen Richtung halbtig, abgesetzt.

Interessant ist, daß jetzt herauskommt, wie der schlaue Kreier die öffentliche Meinung nicht nur von Hellas, sondern auch des Auslandes beherrscht hat. Es werden jetzt Älien der ausländischen Pressevertreter veröffentlicht, die von Venizelos „Judentantent“, d. h. bekümmert waren. Das erklärt die wehrmäßigen Nachrufe, die nach dem Sturz des Brotherrn in manden englischen, französischen und italienischen Blättern erschienen. Die Liste wäre wohl noch länger, wenn nicht manche Kreier in aller Eile die Älien ins Feuer schickten